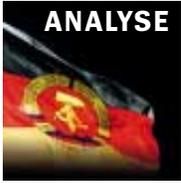


ANALYSE



»Liquidieren auf besonderen Befehl«

Das Gewaltpotenzial des SED-Staates: eine Million Mann unter Waffen

Friedrich Engels, 1841 Einjährig-Freiwilliger im Berliner „Garde-Fuß-Artillerie-Regiment“, später der Bruder im Geiste des ungedienten Karl Marx, hat den Kommunisten in aller Welt viel Lese-stoff hinterlassen, vor allem über die Macht der Gewehre. Deshalb hieß die Militärakademie der Nationalen Volksarmee der DDR nach dem Barmer Fabrikantensohn, es gab einen Friedrich-Engels-Preis für „Stärkung und Vervollkommnung der sozialistischen Landesverteidigung“ und ein Friedrich-Engels-Wachregiment.

„Waffen sind Werkzeuge der Gewalt“, hatte der Militärtheoretiker scharfsinnig erkannt. Seine ostdeutschen Enkel zogen daraus den dialektischen Schluss, dass Waffen deshalb auf gar keinen Fall in die Hände des Volkes gehörten. Denn die „Diktatur des Proletariats“ sei nur machbar, wenn die Partei die Gewehre kommandiere. Das sei die Machtfrage.

Die Machtfrage begleitete die DDR-Kommunisten wie der Mond den Wanderer im dunklen Tann. Schon am 30. April 1945, als die „Gruppe Ulbricht“ aus Moskau in die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands eingeflogen wurde, gab der KP-Remigrant den Seinen die Losung für den Verwaltungsaufbau aus: „Es muss demokratisch aussehen“, befahl Walter

Ulbricht, „aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Vom Tage Null im Mai 1945 bis zu Ultimo am 3. Oktober 1990, als die DDR aus der Geschichte verschwand, stand die Macht im Zentrum aller SED-Überlegungen. Die jeweilige Sicherheitsdoktrin überwucherte alle anderen Politikfelder – sie ruinierte die Wirtschaft, den demokratischen Zentralismus, Kultur- und Geistesleben, überzog das Land mit einem in Deutschland bisher nie da gewesenen Spitzelnetz und brachte am Ende zwei Rekorde zu Stande.

Auf dem vergleichsweise winzigen Territorium der DDR – 108 333 Quadratkilometer, das sind 0,02 Prozent der Erdoberfläche – standen mehr als eine Million Mann, jeder fünfte Erwachsene, mit dem Gewehr bei Fuß, der Machtfrage wegen. Nirgendwo in Europa drängelten sich so viele Schwebewaffnete auf so engem Raum.

Dieser Rekord wird noch überboten durch das zweite Kuriosum: Die bitterarme DDR hinterließ der Bundesrepublik Deutschland in diversen Waffenkammern Schießgerät und Munition im Wert von rund 100 Milliarden Westmark.

Jahrelang plagten sich die Bonner Behörden mit der Reduktion dieser Alt-

lasten – sie wurden verschrottet, zersägt, verschenkt, verkauft, umgerubelt, ausgeschlachtet oder, wie die legendären Jagdflugzeuge vom Typ MiG-29, in die Bundeswehr integriert. Den Bewaffneten der Ex-DDR blieben nur ein paar Pistolen für die Polizei; die staatsnahen Weidmänner mussten ihre Jagdwaffen abgeben.

Die Volkspolizei („Vopo“) der DDR, 90 000 Mann, hatte bereits Ende 1989 erkennen lassen, dass sie sich auf den westdeutschen Beamtenstatus (und die neuen Funkwagen) freute. Gegen das Versprechen der Weiterbeschäftigung, nunmehr fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, hielten die Vopos 1989/90 fein still, ließen sich auf der Straße kaum blicken, bereuten sogar ihre Prügelorgien in den Wochen vor der Maueröffnung und sammelten ohne Trara die Schießprügel der anderen „bewaffneten Organe“ ein. Es gab viel zu tun. Als erste war die Stasi dran.

Das Ministerium für Staatssicherheit kommandierte der Armeegeneral und Waffennarr Erich Mielke, Jahrgang 1907. Er führte drei private Faustfeuerwaffen (alles Westimporte) und zwei Dutzend Büchsen für die Jagd. Die 92 000 Mann seiner Geheimpolizei waren bis an die Zähne bewaffnet, mit 124 503 Pistolen, 76 592 Ma-

SED-Betriebskampfgruppen: „Nur diejenige Revolution ist etwas wert, die sich auch zu verteidigen versteht“



schienenpistolen, 3611 Scharfschützengewehren, 449 leichten Maschinengewehren, 766 schweren Maschinengewehren, 3537 Panzerbüchsen, 342 Flugabwehr-Maschinengewehren, 48 Polizeiflinten und 3303 Leuchtpistolen. Bei der Stasi waren sogar die hauseigenen Küchenfrauen und Krankenschwestern bewaffnet.

Um die Stasi-Offiziere und ihre 172 000 Inoffiziellen Mitarbeiter (Stand: Oktober 1989) nicht zu reizen, sprach die Volkspolizei nicht von „Entwaffnung“, sondern von „Abgabe“ oder „Übergabe“ der Waffen. Weil es nicht genug Kisten gab, wurde das Schießgerät in Decken abtransportiert. Für jeden Eventualfall hatte Mielkes geheime Armee einen Plan in der Schublade, nur ihre eigene Abschaffung war nicht beachtet worden.

Die „Liquidierung“ hatte das MfS den Dissidenten zugedacht, also Personen mit einer „verfestigten feindlich-negativen Grundhaltung gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“. Für diese DDR-Bürger – insgesamt 10 726 namentlich erfasste Abweichler, ein

jeder mit aktualisierter Personalkarte – waren „zeitweilige Isolierungsstützpunkte“ vorbereitet, für jede der 211 DDR-MfS-Kreisdienststellen einer. Von dort wären die Regimegegner plangemäß in zentrale Internierungslager gebracht worden.

Die Unterbringung in diesen Konzentrationslagern sollte dazu dienen, „die personelle Basis der subversiven Tätigkeit des Feindes zu zerschlagen“. Die Dokumente lassen Böses ahnen. In der kalten Sprache des Geheimdienstes wird erläutert, was für den Tag X mit den Internierten geplant war: „ihre Liquidierung/Ausschaltung auf besonderen Befehl ... wenn es die Lage erfordert“.

Daraus wurde nichts, weil die Lage sich im Herbst 1989 rasch zu Ungunsten der Staatsgewalt veränderte. Die MfSler hatten Angst um ihren Arbeitsplatz, fürchteten sogar, gelyncht zu werden. Alle früheren Verbündeten – Polizei und Armee, Partei und Betriebskampfgruppen – suchten rasch Distanz zwischen sich und die Stasi zu bringen. Die paramilitärischen Verbände der Betriebskampfgruppen, insgesamt 202 000 Mann, lösten sich besonders schnell in Wohlgefallen auf.

Eigentlich, so hatte Erich Honecker 1983 im Berliner „Palast der Republik“ bei einem Festakt zum 30-jährigen Bestehen der Betriebskampfgruppen getönt, habe „unsere Partei die Kampfgruppen ins Leben“ gerufen und ständig „weiterentwickelt“,

weil „unsere Partei nach der Leninschen Erkenntnis handelt, dass nur diejenige Revolution etwas wert ist, die sich auch zu verteidigen versteht“.

Deshalb hatte jeder Klassenkämpfer eine Pistole M(akarow) und eine MPi-K(alschnikow) für die Abwehr der „Konterrevolutionäre“ parat. Falls durch den Feind der Konflikt eskalieren würde, sollten die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ ihr schweres Gerät – Panzergeschütze, Granatwerfer, Zwillingssflak – in Stellung bringen.



DDR-Volksarmee: Gefechtsbereit in 42 Minuten

Gegen die friedlichen Demonstranten des Wendeherbstes, die immerzu „Keine Gewalt!“ riefen, waren die Kampfgruppen völlig machtlos. In Leipzig und anderen sächsischen Städten verweigerten zahlreiche Mitglieder die Mobilmachung und den Einsatz: „Das sind doch unsere Kinder.“

Auch die anderen Waffenträger der Republik hatten keine Lust, in den Bürgerkrieg zu ziehen – weder die „Zivilverteidiger“ noch die Zöllner, geschweige denn die Männer der Berufsfeuerwehr. Alle hatten zwar Waffen und Munition im Schrank, unterlagen zugleich aber einem strengen Regiment: „Waffenmeister“ führten Buch über jedes Schießgerät und jeden Schuss. Selbst „Geschenkwaffen“, etwa von einem hochrangigen Sowjetfreund, wurden registriert.

Die große Sowjetunion unterhielt in der kleinen DDR eine „Westgruppe“ ihrer Streitkräfte, 365 000 Mann (plus 208 000 Zivilangestellte und Familienangehörige). Das Riesenheer bestand aus Gardedivisionen, Stoßarmeen und Sturmbrigaden. Die Elitesoldaten waren bestens gerüstet: 4116 Kampfpanzer, 7948 gepanzerte Fahrzeuge, 3578 Artilleriesysteme, 623 Flugzeuge, 615 Hubschrauber, 94 129 Kraftfahrzeuge sowie 677 000 Tonnen Munition. So steht es in den 1990 mit der Bundesregierung geschlossenen Abzugsvereinbarungen.

Das Kommando führte der Armeegeneral Boris Wassiljewitsch Snetkow, damals

64 Jahre alt, ein Mann zum Fürchten. Den legte Gorbatschow persönlich an die Kette. Der KPdSU-Generalsekretär verbot der Westgruppe jedes Eingreifen in die inneren Konflikte der DDR.

Die sowjetischen Streitkräfte zogen sich in die Kasernen zurück und sagten alle Manöver ab. Nicht einmal die Ehefrauen der Offiziere durften mehr einkaufen gehen. Dass sich der Wind gedreht hatte, erkannten die 15 führenden Generäle der Nationalen Volksarmee der DDR spätestens am 9. November 1989, in der Nacht des Mauersturms. Zur Krisensitzung des Generals-„Kollegiums“ erschien der sonst stets anwesende Vertreter der Westgruppe nicht.

In dieser Nacht des höchsten Risikos bewies die NVA-Generalität Verantwortungsbewusstsein, Augenmaß und Vorsicht. Kommandiert von Generaloberst Fritz Streletz, Chef des Hauptstabes der NVA, einem militärisch talentierten und belastbaren Soldaten, widerstand die NVA-Führung allen Versuchungen, in die finale Krise der DDR mit Gewalt einzugreifen.

Dabei galt die sehr straff geführte Nationale Volksarmee in diesen Tagen durch-

Die bitterarme DDR hinterließ in diversen Waffenkammern Schießgerät und Munition für rund 100 Milliarden Westmark.

aus noch als universell verwendungsfähig. Die rund 210 000 Soldaten – davon 42 000 Mann bei den Grenztruppen, 36 000 bei der Luftwaffe, 16 000 Mariner – standen Gewehr bei Fuß. Volle Gefechtsbereitschaft, hundertmal trainiert, war in 42 Minuten zu erreichen. Das galt zu Recht als „Weltniveau“.

Viele Soldaten kamen in den Herbstwochen 1989 tagelang nicht aus den Stiefeln. Trotzdem drehte keiner durch. Auf dem Territorium der kleinen DDR drängelten sich mehr als eine Million Bewaffnete. Und es fiel kein einziger Schuss.

Dabei waren unter den Soldaten natürlich auch Desperados, Trunkenbolde, Angsthasen und Fanatiker. Weil trotzdem niemand das Feuer eröffnete, blieb der Erde ein immerhin möglicher dritter Weltkrieg erspart. Nur weil kein Blut floss, wurde die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb eines Jahres erreicht.

HANS HALTER

Im nächsten Heft

Palastrevolte gegen Honecker – Moskau ist eingeweiht – Agenten unterwandern alle Oppositionsgruppen – „Visafrei bis Hawaii!“